

Sitzungsvorlage

(Amt - Aktenzeichen)

-5.0-

Vorlagen-Nr. 0990/2004-2009

Zur Sitzung
Jugendhilfeausschuss

23.05.2007 öffentlich

Entscheidung

Beratungs-
gegenstand

Runder Tisch zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Niederkassel

Haushaltsmittel
vorhanden

- ja
 nein
 entfällt

Wenn ja
Haushaltsstelle:

Wenn nein
Deckungsvorschlag:

Stellungnahme Kämmerer:

Sachverhalt:

Mit dem als Anlage beigefügten Schreiben vom 03.05.2007 stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung des Jugendamts, die Einrichtung eines Runden Tisches zur weiteren Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Niederkassel zu organisieren.

Die Verwaltung hat in nichtöffentlicher Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.03.2007 über die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben als örtlicher Jugendhilfeträger berichtet. Die dortigen Ausführungen gelten unvermindert fort. Es wird in diesem Zusammenhang nochmals auf § 8a SGB VIII und die Handlungspflicht bei notwendigen Hilfen für Kinder in Krisensituationen verwiesen.

Zur Zeit erarbeitet die Verwaltung eine Informationsbroschüre für die Eltern neugeborener Kinder. Sie prüft gleichzeitig, ob bei Geburt ein Beratungs- und Informationsangebot in Form eines Hausbesuchs oder durch Zusendung der Broschüre sinnvoll durchführbar ist.

Bereits heute erhält der Fachbereich Jugend eine Mitteilung, wenn ein Kind unverheirateter Eltern geboren wird. Der Mutter des Kindes unterbreitet das Jugendamt (Fachbereich Jugend) ein Beratungsangebot insbesondere hinsichtlich der möglichen Einrichtung einer Beistandschaft, deren wesentliche Aufgaben die Feststellung der Vaterschaft und die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen sind.

Dieser Vorlage ist als weitere Anlage das „Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen“ beigefügt.

Hier sind als Möglichkeiten der Kommunen explizit Modelle der aufsuchenden Familienhilfe, die Einrichtung von besonderen Anlaufstellen für den Kinderschutz, die Schaffung neuer Netzwerke sowie besondere Formen für ein frühes Angebot von Information und Beratung durch den Besuch von Eltern

Neugeborener zur Stärkung der Elternkompetenz und Vermeidung von Überforderung genannt.

„Wirksamer Kinderschutz ist nicht allein durch Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu erreichen. Hierzu bedarf es einer Sensibilisierung der gesamten Gesellschaft.“

Dazu können Maßnahmen über die gesetzliche Aufgabenerfüllung des Jugendamts hinaus in erheblichem Maß beitragen.

Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 2.05.2007

Anlagen:

Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2007

Handlungskonzept der Landesregierung vom 30.01.2007